

Dem deutschen Volk hat die Politik der Feindschaft zur Sowjetunion nur Opfer und Leiden gebracht; zielte sie doch stets auf die Auslösung aggressiver Abenteurer und die Unterdrückung jeglicher ARTIKEL 6 demokratischer und fortschrittlicher Regungen im Innern des Landes. Diese unheilvollen Traditionen haben die herrschenden Kreise in Westdeutschland wieder aufgenommen. Alle bisherigen westdeutschen Regierungen haben ihr politisches Programm wesentlich auf die Feindschaft gegen die Sowjetunion - wie gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten - gegründet. Mehr oder weniger offen verkündeten und verkündeten sie ihr Ziel, den Sozialismus zu beseitigen und die imperialistische Herrschaft bis zum Schwarzen Meer oder sogar bis zum Ural auszudehnen.

Die Deutsche Demokratische Republik hat vom ersten Tage ihres Bestehens an die Freundschaft mit der Sowjetunion zum entscheidenden Grundsatz ihrer Außenpolitik erhoben. In den vergangenen Jahren hat sie eine überaus enge Zusammenarbeit mit dem mächtigsten sozialistischen Staat entwickelt. Der Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion vom 12. Juni 1964 und zahlreiche Vereinbarungen und Abkommen dienten der Festigung und dem Ausbau dieser Beziehungen. Gemäß dem im Absatz 2 enthaltenen Verfassungsauftrag werden die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auch künftig zu den unverrückbaren Grundsätzen der Politik der Deutschen Demokratischen Republik gehören. „Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, der Kultur und der Verteidigung der sozialistischen Staatengemeinschaft gegen die Expansionsgelüste der westdeutschen Imperialisten ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Vollendung des Sozialismus, für die Erfüllung der historischen Mission der Deutschen Demokratischen Republik.“⁶

3. *Im Absatz 3 ist fest gelegt, daß die Deutsche Demokratische Republik die Bestrebungen der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit unterstützt.* Darin kommt zum Ausdruck, daß die Deutsche Demokratische Republik aktiv für den Fortschritt in der Welt eintritt, indem |

6 „Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Willi Stoph, in der 2. Sitzung der Volkskammer der DDR am 14. Juli 1967“, Schriftenreihe: Aus der Tätigkeit der Volkskammer und ihrer Ausschüsse, H. 1, 5. Wahlper., Berlin 1967, S. 35.